



# GEMEINSAM. SOZIALES. GESTALTEN.

**LIGA**  
DER FREIEN  
WOHLFAHRTSPFLEGE **SAAR**

*Verantwortung übernehmen –  
Soziales gestalten.*



**GEMEINSAM.  
SOZIALES.  
GESTALTEN.**

WAHLPRÜFSTEINE  
ZUR LANDTAGSWAHL 2017

# INHALTSVERZEICHNIS

## **VORWORT** 6–7

### **01 KINDER UND JUGENDLICHE** 9–15

- Qualität in den Kindertagesstätten
- Kinderarmut bekämpfen
- Jugendhilfestandards für unbegleitet minderjährige Ausländer / Flüchtlinge (UMA/UMF)

### **02 MENSCHEN MIT BEHINDERUNG** 17–21

- Umsetzung des BTHG
- Wohnraum für Menschen mit Behinderung

### **03 (LANGZEIT–) ARBEITSLOSE MENSCHEN** 23–25

- Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt  
(Passive-Aktive-Transfer – PAT)

### **04 GEFLÜCHTETE MENSCHEN** 27–31

- Asylverfahren
- Integration vor Ort

## **05 ÄLTERE MENSCHEN** 33–37

- Demographischer Wandel – Altern im Saarland
- Altersarmut

## **06 VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN** 39–43 **FÜR SOZIALE ARBEIT**

- Subsidiarität
- Vergabe von Leistungen nach Qualität

## **ADRESSVERZEICHNIS** 44–45

## **IMPRESSUM** 46

# VORWORT

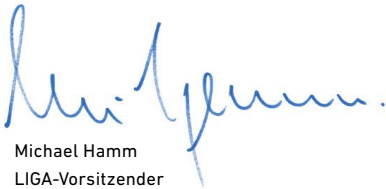
Sehr geehrte Damen und Herren,

**Verantwortung übernehmen – Soziales gestalten**, das ist die Maxime, unter der sich die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, also die Arbeiterwohlfahrt, der Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Synagogen Gemeinde Saar als LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar zusammengeschlossen haben. Unsere Aufgabe ist es, in den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen die Interessen der Schwachen und Benachteiligten zu vertreten. Die Verbände und die ihnen angeschlossenen Mitgliedsorganisationen sind unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur im Saarland: Sie betreiben beispielsweise Kindergärten, Senioreneinrichtungen, Beratungsstellen und viele andere Einrichtungen und Dienste für die Menschen im Saarland, vor allem für die, die auf Unterstützung angewiesen sind. Hier arbeiten mehr als 45.000 Menschen und engagieren sich weit mehr als 7.000 Ehrenamtliche für das Gemeinwohl.

**Verantwortung übernehmen – Soziales gestalten**, das ist auch unsere Erwartung an eine aktive und funktionierende (Sozial-) Politik. Eine gute Sozialpolitik ist deshalb unerlässlich, weil sie allen Menschen im Saarland zugutekommt, weil sie ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor ist und weil sie letztlich Lebensqualität schafft.

Wir möchten mit diesen Wahlprüfsteinen einen Beitrag dazu leisten, wichtige sozialpolitische Handlungsfelder in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion zu rücken – für den anstehenden Landtagswahlkampf genauso, wie für die kommende Legislaturperiode. Die Wahlprüfsteine können von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden, um mit Politikern ins Gespräch zu kommen; sie sollen aber ebenso eine Hilfestellung für künftige Mandatsträger sein, sozialpolitische Themen aus einer anderen Perspektive zu sehen und so Hinweise auf wichtige Handlungsbedarfe geben. Denn nur gemeinsam können wir Soziales gestalten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre



Michael Hamm  
LIGA-Vorsitzender





- Qualität in den Kindertagesstätten
- Kinderarmut bekämpfen
- Jugendhilfestandards für unbegleitet minderjährige Ausländer / Flüchtlinge (UMA/UMF)

# KINDER UND JUGENDLICHE

Die Situation von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten 20 Jahren radikal verändert. Sie leben heute in einem sozialen Umfeld, das im Vergleich zu wenigen Jahrzehnten davor weitaus vielfältiger, bunter und heterogener geworden ist. Viele wachsen in Patchwork-Familien auf oder bei nur einem Elternteil, oft auch ohne Geschwister. Fast immer sind beide Eltern berufstätig. Mehr als jeder vierte junge Mensch in Deutschland weist eine Zuwanderungsgeschichte auf.

Die Digitalisierung spielt im Leben der Kinder und Jugendlichen eine große Rolle, mit der Sie einerseits selbstverständlich, gleichzeitig aber auch zunehmend kritischer umgehen. Ihnen eröffnen sich im Alltag vielfach Gestaltungschancen, die zwar ungeahnte Zugänge und Freiheiten ermöglichen, ihnen aber auch schon früh abverlangen, sich selbst aktiv einzubringen, Entscheidungen zu treffen, sich zu positionieren und zuzuordnen.

## → Qualität in den Kindertagesstätten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertageseinrichtungen (Kita) sind heute mehr denn je gefordert. Sie unterstützen Familien in der Erziehung und erfüllen gleichzeitig einen gesellschaftlichen Auftrag. Und so übernehmen die Kitas heute wichtige Aufgaben, etwa im Bereich der frühkindlichen Bildung, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der Begleitung sozial benachteiligter Familien oder im Bereich Inklusion. Sie haben den Auftrag in der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder familienergänzend zu wirken, um die Aufgaben auszugleichen, die die Familien heute nicht mehr alleine leisten können.

Der quantitative Ausbau der Kitas hat stattgefunden, leider zum Teil zu Lasten der Qualität. Die Aufgabenspektren sind kontinuierlich gestiegen – der Personalschlüssel ist jedoch seit Jahrzehnten gleich geblieben. Der Betreuungsauftrag mag gewährleistet sein, der Bildungs- und Erziehungsauftrag ist es nicht.

Um den gestiegenen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen die Kindertageseinrichtungen personell, fachlich und strukturell den Aufgaben und Herausforderungen entsprechend ausgestattet werden:

**FORDERUNGEN**

---

- Finanzierung der Hauswirtschaftskräfte
- Förderung der Qualitätsentwicklung
- mehr Personal für Einrichtungen in besonders belasteten Stadtteilen
- mehr Personal, um die Arbeit mit Kindern mit Behinderungen im Sinne des inklusiven Auftrags zu gewährleisten
- mehr Personal, um die Integration von Kindern mit Fluchterfahrung, auch im Hinblick auf die Elternarbeit, zu gewährleisten
- mehr Mittel für die Fort- und Weiterbildung

---

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---



## → **Kinderarmut bekämpfen**

Kinderarmut gründet immer auf Familienarmut. Jedes fünfte Kind im Saarland ist betroffen. Der Anteil der Kinder, die Grundsicherungsleistungen erhalten, ist nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung von 15 Prozent im Jahre 2011 auf 17,6 Prozent im Jahr 2015 gestiegen.

Davon leben rund 50 Prozent in alleinerziehenden Familien. Diese haben das höchste Armutsrisiko. Kinderarmut hat weitreichende Folgen für das Aufwachen, die Entwicklung und die Teilhabe von Kindern in unserer Gesellschaft.

Deshalb müssen endlich Konsequenzen aus dem 2015 vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland gezogen werden:

**FORDERUNGEN**

---

- Familien stärken
- bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder und Jugendliche
- Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kitas und Schulen, damit materielle Armut nicht zu schlechteren Bildungschancen führt
- Abbau von sozialen Belastungen armer Familien
- Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse
- Einrichtung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes
- Armutsbekämpfung durch Prävention

---

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:  
**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---

## → Jugendhilfestandards für unbegleitet minderjährige Ausländer / Flüchtlinge (UMA/UMF)

Die Versorgung und Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft, der sich die LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände Saar mit ihren Einrichtungen und Diensten in den letzten Jahren mit großem Engagement gestellt hat. Die jungen Flüchtlinge sind in der Regel einer hohen psychischen Belastung ausgesetzt.

Neben der Unsicherheit über ihren Verbleib in Deutschland und Fluchttraumata hat ein hoher Prozentsatz der UMA/UMF schon als Kind das Auseinanderbrechen ihrer Familie, den Verlust eines Elternteils durch Krieg oder Gewalt, die Vertreibung oder Flucht aus dem Heimatort erlebt.

Alle diese Faktoren bedingen die Notwendigkeit einer sozialpädagogischen Betreuung und therapeutischen Versorgung innerhalb der Jugendhilfe. Es sind vorrangig Kinder und Jugendliche und nicht vorrangig Flüchtlinge – der Schwerpunkt liegt im Schutz und der Wahrung des Kindeswohls.

## FORDERUNGEN

---

- Die Einhaltung der Jugendhilfestandards, wie sie gemäß den geltenden Jugendhilferichtlinien bestehen, ist unverzichtbar. Die Jugendhilfe setzt die gesetzlichen Vorgaben des SGBVIII, der passgenauen, bedarfsgerechten Hilfen für alle Kinder und Jugendlichen, ohne Ausnahmen, um.
- Die Anerkennung von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen in Bezug auf das Kindeswohl bei traumatisierten Mädchen und Jungen
- Bei Zweifelsfällen über das Alter ist zugunsten der Minderjährigkeit zu entscheiden
- angemessene Betreuung bei der Umverteilung innerhalb der Bundesrepublik
- Kontinuierliche asylrechtliche Begleitung und altersgerechte Sprachförderung
- die große Anzahl der UMA/UMF ist 16 Jahre – es ist wichtig den Prozess des Erwachsenwerdens und der Integration mit Fortsetzungsleistungen aus dem SGBVIII zu stützen. Der Besuch von Schulen, ausbildungsvorbereitende und -unterstützenden Maßnahmen zur beruflichen Integration müssen, unabhängig von ausländerrechtlichen Einschränkungen, für alle UMA/UMF sicher gestellt sein
- volljährige UMA/UMF brauchen Übergangsunterstützung – sie in das Erwachsenensystem des Ausländer- und Asylrechts zu entlassen birgt die Gefahr, dass bisherige Integrationsbemühungen zerstört werden

---

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---





# MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Mit dem im Dezember verabschiedeten Bundesteilhabegesetz (BTHG) will die Bundesregierung die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln und Menschen, die aufgrund einer Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, aus dem bisherigen Fürsorgesystem herausführen. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Sie sollen nicht länger institutionsorientiert sein. Das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention muss in allen Lebensbereichen berücksichtigt werden. Die Umsetzung des BTHG wird in vier Schritten bis zum Jahr 2023 erfolgen. Neben dem Bund müssen auch die Bundesländer alle notwendigen Regelungen hierfür treffen.

## → Umsetzung des BTHG

Die aktive Beteiligung behinderter und psychisch kranker Menschen am Teilhabeplanverfahren muss sichergestellt werden. Das Recht auf Selbstbestimmung muss auch die Auswahl geeigneter Angebote zur Teilhabe an Arbeit, Bildung und Freizeit umfassen. Kein behinderter oder psychisch kranker Mensch darf in stationäre Angebote gezwungen werden, nur weil diese günstiger sind als ambulante Teilhabeleistungen. Bescheide sollten auch in leichter Sprache erteilt werden.

Die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen setzt häufig eine Assistenz voraus. Wie die Werkstatträte benötigen die geplanten Frauenbeauftragten Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Dies bedarf der institutionellen Verankerung und Finanzierung.

Für die Umsetzung der mit dem Gesetz implizierten Vorgaben im Saarland sind aus Sicht der Liga folgende Punkte sicherzustellen:

## FORDERUNGEN

---

- Erstellung eines konkreten Aktionsplanes für das Saarland zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und der UN Behindertenrechtskonvention unter Beteiligung der Betroffenen und der Leistungserbringer.
- Die Mitwirkung aller am Verfahren Beteiligten (auch der Leistungserbringer) an den Zugangsgremien und Teilhabeplanungen sichert interdisziplinäres Fachwissen und eine wirkungsorientierte Umsetzung.
- Ab 2020 sind existenzsichernde Leistungen zum Lebensunterhalt und Fachleistungen getrennt zu beantragen. Hierzu ist es erforderlich, dass sich örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe auf ein Verfahren einigen, das nicht zu zusätzlichen bürokratischen Hürden führt. So sollte zum Beispiel vermieden werden, dass die Beantragung und Abrechnung des Mittagessens in Werkstätten für behinderte Menschen zu auf allen Seiten erhöhtem Verwaltungsaufwand und damit einer Kostensteigerung führt.

---

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---



## → Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Die Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderungen setzt die Verfügbarkeit von adäquat barrierefreiem, gemeindeintegrierten und bezahlbarem Wohnraum voraus.

Der Wunsch nach einer selbstbestimmten Wohnform darf nicht an den damit einhergehenden Kosten scheitern. Kein behinderter Mensch darf gezwungen werden, in eine stationäre Einrichtung umzuziehen, auch wenn diese Wohnform kostengünstiger ist.

## FORDERUNGEN

---

- Erhöhung des Anteils barrierefreien Wohnraums und Beachtung des Grundsatzes der Barrierefreiheit bei Neubaumaßnahmen
  - Ausbau des öffentlich geförderten barrierefreien Wohnungsbaus insbesondere in verkehrstechnisch gut angebundenen Regionen
  - Sicherstellung, dass behinderungsbedingte Mehrkosten (z.B. aufgrund einer Barrierefreiheit) von den Grundsicherungsämtern übernommen werden.
  - Beteiligung der Behindertenbeiräte und -beauftragten an der regionalen Wohnungsbauplanung
- 

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---



# (LANGZEIT-) ARBEITSLOSE MENSCHEN

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar setzt sich dafür ein, Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, denn trotz einer guten Konjunktur ist für rund eine Million Langzeitarbeitslose in Deutschland der Zugang zum Arbeitsmarkt faktisch unmöglich. Dies gilt vor allem für Menschen mit vielfältigen Problemlagen oder „Vermittlungshemmnissen“. Oft droht ihnen Armut und soziale Ausgrenzung.

Zur Würde des Menschen gehört es jedoch, dass Menschen Arbeit haben und Perspektiven für ihr Leben bekommen. Der bedarfsgerechte Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung ist dringend notwendig. Langzeitarbeitslose Menschen brauchen Zugang zu Beschäftigung und sozialer Teilhabe!

## → Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt (PAT)

Auch im Saarland liegt die Langzeitarbeitslosigkeit unverändert auf einem sehr hohen Niveau: Rund 34.400 Menschen waren im November 2016 von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,7 Prozent. Die Arbeitsmarktpolitik der saarländischen Landesregierung zeigt dennoch positive Effekte: So betrug die bundesweite Quote der Eintritte in öffentlich geförderte Beschäftigung im Jahr 2016 5,9 Prozent, im Saarland lag sie dagegen mit 13,7 Prozent deutlich höher. Das Saarland nimmt damit einen Spitzenwert unter allen Bundesländern ein. Dies belegt das hohe Engagement des Saarlandes in der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose und den Erfolg des Landesarbeitsmarktprogramms „ASaar“. Problematisch ist dagegen die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung: Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar hat den bundespolitischen Handlungsbedarf in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren immer wieder thematisiert. Daher wurden mit fast allen saarländischen Bundestagsabgeordneten Gespräche zum Thema geführt. Der Konsens aller Parteien ist sehr groß zum Thema, allerdings bewegt sich hier bundespolitisch so gut wie nichts. Somit wird Langzeitarbeitslosigkeit für viele Betroffene verfestigt. Ihnen droht ein längerfristiges Abgleiten in Hartz IV, mit allen nachteiligen Folgen für Einzelpersonen und Familien. Das Fehlen einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik erschwert auch die Perspektiven für Flüchtlinge, die einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz suchen. Sie dürfen nicht die Langzeitarbeitslosen von morgen werden. Zentral ist aus Sicht der LIGA Saar, dass alle Menschen in ihrem Bemühen um Integration in den Arbeitsmarkt ausreichend gefördert werden. Soziale Ausgaben sollten daher als soziale Investitionen verstanden und neue Lösungsvorschläge als Chancen aufgegriffen und umgesetzt werden.



## FORDERUNGEN

---

Die LIGA fordert von der Politik deutliche Verbesserungen für Langzeitarbeitslose:

- **Das Arbeitsmarktprogramm „ASaar“ fortführen und weiterentwickeln**
- **Allen Personen mit schwerwiegenden Problemen Zugänge zum Arbeitsmarkt ermöglichen und die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen gezielt fördern.**
- **Die lange geforderte „Modellregion Saar“ und den Passiv-Aktiv-Transfer\* beim Bund durchsetzen: Damit kann der dringend notwendige öffentlich geförderte Teil des Arbeitsmarktes für alle arbeitslosen Menschen finanziert werden.**
- **Politikwechsel auf Bundesebene einfordern und die öffentlich geförderte Beschäftigung („sozialer Arbeitsmarkt“) verlässlich ausbauen (statt lediglich neue und befristete Sonderprogramme für Langzeitarbeitslose aufzulegen)**
- **Neue Möglichkeiten einer beruflichen Qualifizierung für bestimmte Zielgruppen anbieten.**

\* Die Grundidee des PAT ist es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dafür werden alle Geldmittel, die ein Hartz IV-Empfänger erhält, zusammengefasst und nutzbar gemacht für die Finanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses.

---

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---

ALCANTARA DE ALIBAL



# GEFLÜCHTETE MENSCHEN

Die Zahl der geflüchteten Menschen, die 2016 im Saarland aufgenommen wurden, ist im Vergleich zu 2015 zwar gesunken (2015 waren es 13.470, 2016 nur noch 3.834 Personen), jetzt rückt aber zunehmend die gesellschaftliche Integration in den Mittelpunkt. Sie beginnt in der Landesaufnahmeeinrichtung in Lebach und findet dann in den Städten und Gemeinden statt.

Dazu sind als erster Schritt die unterschiedlichsten Sprachkurse nötig , aber auch die Begleitung durch ehren- und hauptamtliche Helferinnen und Helfer. Die Integration der geflüchteten Menschen wird eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Hierzu bedarf es verlässlicher Strukturen.



## → Asylverfahren

Die Bearbeitung von Asylverfahren erfolgt im Saarland, wenn man aus einem nicht sicheren Herkunftsstaat kommt, relativ schnell. Bei Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern beziehungsweise Rückführungen von Flüchtlingen, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben oder bereits vermeintlich Schutz gefunden haben, kommt es immer wieder zu menschenunwürdigen Situationen und Gefahren nach der Rückführung.

Das Saarland hat die Möglichkeit, sich nicht nur im Landtag, sondern auch im Bundestag über die saarländischen Abgeordneten sowie im Bundesrat für folgende Anliegen einzusetzen:

**FORDERUNGEN**

---

- **Besonderer Schutz für allein reisende Frauen (mit Kindern) und ältere Flüchtlinge gewährleisten (geschützte, gegebenenfalls separate, Unterbringung und enge Betreuung)**
  - **Stärkung der saarländischen Härtefallkommission**
  - **Keine Abschiebung von Flüchtlingen mit schweren Erkrankungen, beispielsweise posttraumatischen Belastungsstörungen**
  - **Keine Abschiebungen in unsichere Herkunftsländer und Drittstaaten und Beachtung des Individualrechts auf Asyl**
  - **Erleichterung der Familienzusammenführung für bisher Schutzberechtigte**
- 

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---



## → Integration vor Ort

In die Städte und Kommunen sind im Saarland im vergangenen Jahr 4.325 geflüchtete Menschen zugewiesen worden (2015 waren es 10.326).

Die Städte und Gemeinden tragen die Hauptlast der Integration, denn sie müssen nun unter anderem für genügend Wohnraum und Versorgung, ausreichende Plätze in den Kindertagesstätten, die berufliche Bildung, die Orientierung in den Arbeitsmarkt und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sorgen.

Zwar arbeiten vielerorts Haupt- wie Ehrenamtliche, Behörden und Verbände sowie Hilfsorganisationen gut zusammen. Trotzdem bleiben Baustellen auf dem Weg zu einer gelingenden Integration.

**FORDERUNGEN**

---

- Sprachförderung bereits in der Landesaufnahmestelle ermöglichen und für ausreichende Sprachförderung in den Kommunen sorgen
- Ausreichende Betreuung in Kindertagesstätten sicherstellen
- Personell ausreichend ausgestattetes Beratungsnetzwerk der Migrationsfachdienste in Zusammenarbeit mit den bundesgeförderten Beratungsdiensten sicherstellen
- Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer gewährleisten
- Koordinierung von ehren- und hauptamtlichen Helfern im Flüchtlingsbereich ermöglichen
- Mittel bereitstellen für die Unterstützung der Integration vor Ort

---

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:  
**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---





# ÄLTERE MENSCHEN

Das Saarland ist stärker vom demografischen Wandel betroffen als alle anderen westdeutschen Bundesländer. Schon bis Ende dieses Jahrzehnts wird die Einwohnerzahl um weitere 7 Prozent zurückgehen, die Zahl der Erwerbsbevölkerung um 8,6 Prozent und die Zahl der Schulabgänger sogar um fast ein Viertel.

Im Jahr 2030 wird jeder Zweite älter als 51,5 Jahre sein. Gleichzeitig ergeben sich aus dem demografischen Wandel eine Vielzahl von Gestaltungsaufgaben, wie zum Beispiel die Herausforderung, auch in den ländlichen Regionen des Saarlandes eine funktionierende Infrastruktur für alle Generationen zu organisieren.



## → Demographischer Wandel – Altern im Saarland

Der Prozess der zunehmenden Alterung der Bevölkerung ist nicht umkehrbar. Auch im Saarland wird die Altersentwicklung der Bevölkerung in den nächsten 30 Jahren stärker prägen als die aktuelle Zuwanderung aus dem Ausland. Diese Entwicklung hat Konsequenzen für die Lebenssituation aller Bevölkerungsgruppen. Die Landesregierung und die Kommunen werden aufgefordert, ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nachzukommen und gleichwertige Versorgungs- und Infrastrukturmaßnahmen für alle Regionen des Landes sicherzustellen.

Speziell in ländlichen Räumen wird die Gewährleistung dieser Maßgabe eine immer größere Herausforderung. Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die Stärkung des sozialen Ehrenamtes im ländlichen Raum sind maßgeblich und müssen von Landes- und kommunaler Seite gefördert werden. Für eine älter werdende Gesellschaft ist eine Demografie-sensible Politik unabdingbar.

**FORDERUNGEN**

---

- Die massive Abwanderung von qualifizierten Fachkräften und jungen Familien aus dem Saarland muss verhindert werden: Hierzu müssen Maßnahmen ergriffen werden, den Standort Saarland attraktiv zu gestalten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken.
- Kompetenzen älterer Arbeitnehmer erkennen - Potentiale fördern: Von der Herausforderung zunehmend älterer Belegschaften sind nahezu alle Branchen betroffen, vor allem aber Betriebe mit körperlich oder psychisch besonders belastenden Arbeiten oder Arbeitsbedingungen wie z.B. Schichtdienst.

Alle Akteure müssen jetzt Demografie-sensibel handeln: Demografie-sensible Politik ist langfristig angelegt. Sie erfordert Fachwissen, strategische Planung sowie auch Investitionen.

---

- Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---

## → Altersarmut

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher. Altersarmut wird ein sozialer Sprengstoff werden. Um Altersarmut nachhaltig und gezielt vorzubeugen, bedarf es, neben einer ausreichenden Alterssicherung, eines umfassenden Maßnahmenpakets. Hierzu zählen neben erforderlichen Arbeitsmarkt-reformen, ein Maßnahmenbündel zur Schließung der Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen, mehr Anerkennung für Kindererziehungs- und Pflegezeiten sowie die Einführung einer armutsfesten Grundsicherung in der Rentenversicherung. Ziel aller Bemühungen muss es sein, dass zukünftige Rentner ein Renteneinkommen erhalten, welche die erbrachten Leistungen auch widerspiegelt und vor Armut schützt.

Besonders besorgniserregend ist die schlechte Rentenentwicklung vor dem Hintergrund, dass sich der Arbeitsmarkt derzeit in einer stabilen Verfassung befindet und ein hoher Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu verzeichnen ist. Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, die alle gesellschaftlichen Gruppen umfasst, damit auch diejenigen eine Absicherung erhalten, die kaum Ansprüche auf Leistungen im Alter haben.

**FORDERUNGEN**

---

- Das System der Alterssicherung ist dringend reformbedürftig. Unseres Erachtens muss das derzeitige Rentensystem (3 Säulen) unter den Aspekten Leistungsbedarf und Leistungsstärke neu bedacht und geregelt werden.
  - Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Absicherung im Alter. Das Rentenniveau muss wieder auf 53 % des durchschnittlichen Nettolohns angehoben und stabilisiert werden.
  - Eine ergänzende betriebliche Altersversorgung mit Arbeitgeberbeteiligung ist weiter auszubauen. Erträge aus privater oder betrieblicher Altersvorsorge dürfen nicht auf Leistungen des SGB II angerechnet werden.
  - Bedarfsgerechte, sanktionsfreie und armutsfeste Grundsicherungsrente als Mindestabsicherung, insbesondere unter Berücksichtigung der Zuzahlungen im Gesundheitswesen
  - Die gesellschaftlichen Aufgaben der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sind in einem Modell der Gesamtleistungsbewertung anzuerkennen, alle Zeiträume der Kindererziehung sind dabei gleich zu bewerten. Die Finanzierung dieser gesellschaftlichen Aufgaben hat aus Steuermitteln zu erfolgen.
  - Krankenversicherung und Pflegeversicherung sind so auszugestalten, dass durch sie alle gesundheitlichen und pflegerischen Bedarfe abgedeckt sind.
- 

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---



LANDTAG DES SAARLANDES

# VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR SOZIALE ARBEIT

Soziale Arbeit braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Dies ist unverzichtbare Grundlage für eine funktionierende soziale Infrastruktur, die allen Menschen im Saarland zu Gute kommt. Nicht zu vergessen: diejenigen, die Leistungen für beispielsweise Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Beeinträchtigung erbringen sind selbst Arbeitgeber: die Sozialwirtschaft ist eine der größten Branchen im Saarland. Die Finanzierung einer sozialen Infrastruktur ist vielfach gesetzliche Aufgabe und dort, wo sie auf freiwilliger Basis geschieht, brauchen wir ein neues Bewusstsein, dass diese im wahrsten Sinne des Wortes „Investitionen“ wichtig sind.

Kurzum: wir brauchen eine nachhaltige und an den Bedürfnissen der Menschen und am Gemeinwohl ausgerichtete Sozialpolitik. Was es nicht geben darf ist eine Sozialpolitik nach Kassenlage, die nur oder vorwiegend an monetären Gegebenheiten ausgerichtet ist.

## → Subsidiarität

Subsidiarität bedeutet erstens, dass die Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang vor einer unmittelbaren Aufgabenübernahme durch den Staat hat. Bezogen auf die Freie Wohlfahrtspflege bedeutet dies, dass diese – für die Bürger und für den Staat – eine soziale Infrastruktur bereitstellt und der Staat selbst nur dann tätig wird, wenn es in dieser sozialen Infrastruktur Lücken gibt, die nicht durch freie Träger geschlossen werden können. Subsidiarität bedeutet zweitens, dass der Staat die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen dafür schafft, eben diese Strukturen zu ermöglichen. Und schließlich bedeutet Subsidiarität – drittens – dass sich Organisationen der Wohlfahrtspflege und staatliche Akteure vertrauensvoll und auf Augenhöhe begegnen und zusammenarbeiten. Das Subsidiaritätsprinzip ist ein lange erprobtes, aber immer noch hoch modernes und zentrales Element des ordnungspolitischen Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft: auf der einen Seite gibt es einen so genannten „schlanken“, aber durch die Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Trägern sehr handlungsfähigen Staat. Auf der anderen Seite gibt es ein, durch die Zusammenarbeit mit dem Staat, sehr handlungsfähiges Netz aus Akteuren der Freien Wohlfahrtspflege, welche sich permanent für eine gerechte Sozialordnung und für die Bereitstellung von sozialen Diensten engagieren. Diese Art der Zusammenarbeit zwischen Freier Wohlfahrtspflege und staatlichen Akteuren ist ein Garant für eine effektive und zugleich auch effiziente soziale Marktwirtschaft.

Subsidiarität passiert nicht von alleine, sondern braucht ein gemeinsames Grundverständnis und Rahmenbedingungen:



## FORDERUNGEN

---

- Subsidiarität funktioniert nur dort, wo sich öffentliche Institutionen und gemeinnützige Träger auf Augenhöhe begegnen und ein wechselseitiges Vertrauen herrscht.
- Subsidiarität funktioniert nur, wenn öffentliche Akteure tatsächlich gemeinnützigen Trägern Vorrang einräumen und Leistungen nicht selbst erbringen, um einen – vermeintlichen – wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen.
- Subsidiarität funktioniert nur dort, wo eine Abstimmung erfolgt, wo welche Leistungen Sozialer Arbeit benötigt werden.
- Subsidiarität funktioniert nur dort, wo stabile Strukturen – so beispielsweise die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege – bestehen.

---

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---

## → Vergabe von Leistungen nach Qualität

Die Vergabe von Aufträgen an gemeinnützige Träger muss sich an der Qualität der Leistung orientieren. Soziale Arbeit ist stets personenbezogene Beziehungsarbeit, die von allen Mitarbeitenden gemeinnütziger Träger hohe Fachkompetenz und Erfahrung verlangt. Das heißt, dass die Qualität der Gesamtleistung wesentlich von denjenigen abhängt, die die Leistungen verlässlich und kontinuierlich ausführen. Unter den Bedingungen eines Preiswettbewerbs, wie er derzeit beispielsweise im Bereich der Ausschreibungen von Arbeitsmarktdienstleistungen stattfindet, geschieht es immer wieder, dass sich nicht der am besten für diese Aufgabe qualifizierte, sondern der billigste Bieter behauptet. Worauf es jedoch ankommt ist eine in einem hohen Maße nachgewiesene Verlässlichkeit, eine hohe pädagogische Fachlichkeit, eine umfassende Einbindung in die Strukturen des örtlichen und regionalen Umfelds und bestehende und belastbare Kooperationsbeziehungen zu allen relevanten Akteuren im Arbeitsfeld. Diese Erfolgsfaktoren sind nicht zum „Null-Tarif“ zu haben.

Ein um sich greifender Dumpingwettbewerb bei der Vergabe von Sozialen Leistungen zerstört bewährte Strukturen, schafft letztlich prekäre Arbeitsbedingungen und führt dazu, dass die Leistungen der Anbieter weniger an den Bedürfnissen der Menschen, für die sie erbracht werden, ausgerichtet werden, sondern daran, wie sie möglichst billig angeboten werden können. Die LIGA Saar fordert daher:

## FORDERUNGEN

---

- eine grundsätzlichen Überprüfung der Anwendung des Vergaberechts und die Suche nach Alternativen zur aktuellen Vergabepaxis
  - die Besonderheiten der sozialen Dienste stärker als bisher zu berücksichtigen
  - ein konsequentes Verhindern eines schädigenden Preiswettbewerbs
- 

→ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter:

**[WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE](http://WWW.LIGA-SAAR.DE/WAHLPRÜFSTEINE)**

---

# ADRESSVERZEICHNIS

→ **LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar**

c/o Saarländische Pflegegesellschaft

Ernst-Abbe-Straße 1  
66115 Saarbrücken

Tel.: 0681 9672875  
Fax: 0681 9672885

**info@liga-saar.de**  
**www.liga-saar.de**

→ **Arbeiterwohlfahrt**

**Landesverband Saarland e.V.**

Hohenzollernstraße 45  
66117 Saarbrücken

Tel.: 0681 58605 - 0  
Fax: 0681 58605180

→ **Caritasverband**

**für die Diözese Speyer e.V.**

Nikolaus-von-Weis-Straße 6  
67346 Speyer

Tel.: 06232 209 - 0  
Fax: 06232 24608

**info@caritas-speyer.de**

→ **Caritasverband**

**für die Diözese Trier e.V.**

Sichelstraße 10  
54290 Trier

Tel.: 0651 9493 - 0  
**info@caritas-trier.de**

→ **PARITÄTischer Wohlfahrtsverband  
Landesverband Rheinland-Pfalz /  
Saarland e.V.**

Feldmannstraße 92  
66119 Saarbrücken  
Tel.: 0681 92660 - 0  
Fax: 0681 92660 - 40  
**info@paritaet-rps.org**

→ **Deutsches Rotes Kreuz  
Landesverband Saarland e.V.**

Wilhelm-Heinrich-Straße 7-9  
66117 Saarbrücken  
Tel.: 0681 5004 - 0  
**info@lv-Saarland.drk.de**

→ **Diakonisches Werk Pfalz**

Karmeliterstraße 20  
67346 Speyer  
Tel.: 06232 664 - 0  
Fax: 06232 664 - 145

→ **Diakonisches Werk  
Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.  
Diakonie RWL -Verbindungsstelle Saarland-  
c/o Diakonisches Werk an der Saar gGmbH**

Rembrandtstraße 17-19  
66540 Neunkirchen  
Tel.: 06821 956 - 0  
Fax: 06821 956 - 205  
**gf@dwsaar.de**

→ **Synagogengemeinde Saar K.d.ö.R.**

Lortzingstraße 8  
66111 Saarbrücken  
Tel.: 0681 910380  
Fax: 0681 9103813  
**info@sgsaar.de**

# IMPRESSUM

## **HERAUSGEBER**

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar  
c/o Saarländische Pflegegesellschaft  
Ernst-Abbe-Straße 1  
66115 Saarbrücken

Tel.: 0681 9672875

Fax: 0681 9672885

info@liga-saar.de

V.i.S.d.P

Michael Hamm

LIGA-Vorsitzender

## **DRUCK**

reha-gmbh, Saarbrücken

Februar 2017, Auflage: 4.000 Ex.

## **BILDNACHWEISE**

Seite 8: Ashton-Bingham

Seite 12: Gabby Orcutt

Seite 16: Audi Nissen

Seite 20: Tim Wright

Seite 22: Umit Bulut

Seite 26: Pedro-Gabriel-Miziara

Seite 28: Taylor Nicole

Seite 30: Alexis Brown

Seite 32: Nathanael-Otto

Seite 34: Mauro Mora

Seite 38: Petair/Fotolia

# LIGA

DER FREIEN  
WOHLFAHRTSPFLEGE SAAR

*Verantwortung übernehmen –  
Soziales gestalten.*

[www.liga-saar.de/wahlprufsteine](http://www.liga-saar.de/wahlprufsteine)